

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 4

Artikel: Tschechoslowakische Politik
Autor: Belina, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dauer geführt wird. Dies geschieht am ungehemmtesten dann, wenn die sozialistische Bewegung als Gesamtheit das Gemeinsame aller sozialistischen Wollens scharf herausarbeitet und propagiert, aber keine Weltanschauung als solche, die zu sozialistischer Einstellung führen kann, abschätzig oder gar feindselig behandelt, so sehr sich vielleicht auch einzelne ihrer Glieder oder gar die heutigen Träger ihres Machtapparates, zum Beispiel mancher Kirchen, dem Sozialismus entgegenstellen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Verschiedenheit der in der sozialistischen Bewegung vertretenen Weltanschauungen gelegentlich innere Reibungen erzeugt, welche die Stoßkraft nach außen beeinträchtigen. Es ist deshalb sehr begreiflich, daß besonders die politischen Führer, die Feldherren im Kampf gegen den Kapitalismus, aus dem Bestreben nach Verminderung der inneren Reibungen auf die Behauptung verfallen können, es entspreche nur eine, und zwar die atheistische Weltanschauung dem Sozialismus. Diese Behauptung widerspricht aber den Tatsachen unserer heutigen geistigen Lage und muß deshalb entschieden abgelehnt werden. Für die Zukunft kann man an eine einheitliche Weltanschauung glauben und auf deren Verwirklichung hoffen, wenigstens, wenn man nicht die heutige Vielgestaltigkeit für einen nicht mehr rückgängig zu machenden Ausdruck geistiger Differenzierung der Menschen hält. Die sozialistische Bewegung hat aber nicht mit diesem Glauben zu rechnen, sondern nur mit der Tatsache, daß heute verschiedene Weltanschauungen zum Sozialismus führen. *Deren sozialistische Anhänger zu mehren und zusammenzufassen im Hinblick auf das gemeinsame große Ziel der Aufrichtung einer klassenlosen Gesellschaft, das ist die Führeraufgabe der sozialistischen Bewegung, nicht aber die Parteinahme in den Auseinandersetzungen der Weltanschauungen untereinander.*

Tschechoslowakische Politik.

Von Josef Belina, Prag.

Obwohl die Vertreter der Arbeiterschaft im eben abgedankten tschechoslowakischen Bürgerblock keinen Raum hatten, war es dennoch letzten Endes der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, welcher die Sprengung der bürgerlichen Front und die vorzeitige Auflösung des Parlamentes herbeiführte.

Drei wichtige Fragen waren es, an denen die sture Bürgerblockpolitik gescheitert ist: der Mieterschutz, die Notwendigkeit der Abänderung der leichtfertig beschlossenen Verwaltungsreform und des Gemeindefinanzgesetzes und schließlich die im-

mer dringender werdende Schaffung eines neuen Zolltarifes. Die bürgerlichen Parteien hätten nur allzu gern den Mieterschutz als Ueberbleibsel der Kriegs- und Nachkriegszeit beseitigt, wenn sie nicht die Furcht vor dem Urteil der Wählermassen daran gehindert hätte. Der Führer der Nationaldemokraten, der Partei des Bank- und Industriekapitals, Dr. Kramarsch, hat es im Laufe der Wahlkampagne klar zum Ausdruck gebracht, daß die Koalition entschlossen war, die Frage des Mieterschutzes zu regeln, wenn sie «von höchster Stelle», also vom Präsidenten der Republik, die Zusicherung erhalten hätte, daß dann nicht etwa das Parlament in einem halben Jahre aufgelöst würde. Diese Zusicherung ist verweigert worden und damit fiel der Plan ins Wasser. Im Bürgerblock waren es besonders die christlichsozialen Parteien, in ihrer Zusammensetzung etwa dem deutschen Zentrum vergleichbar, kulturpolitisch aber unendlich reaktionärer, die aus ihrem Selbsterhaltungstrieb heraus eine allzu weitgehende Mißachtung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Volksmassen ablehnen mußten. Schon die im vorigen Dezember stattgefundenen Landeswahlen hatten ihnen schwere Einbußen gebracht, gegen die Parlamentswahlen vom Jahre 1925 verloren sie rund 100,000 Stimmen oder rund 17 vom Hundert ihres Besitzstandes. Das war eine deutliche Warnung, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die Christlichsozialen haben es dann abgelehnt, weitere Verschlechterungen zuzulassen, doch hat sie das vor dem Abschwenken ihrer Arbeiterwähler nicht bewahren können, um so weniger, als die von Pfaffen beherrschte Parteiführung die Gewerkschaftsvertreter an unwählbaren Stellen kandidieren wollte. So brachte der Wahlkampf eine förmliche Parteispaltung, der christlichsoziale Gewerkschaftsflügel hat die Partei verlassen und sich den freilich nicht minder reaktionären slowakischen Volksparteilern unter Hlinka angeschlossen.

Die Verwaltungsreform und das mit ihr zusammenhängende Gemeindefinanzgesetz haben der Selbstverwaltung schwere Wunden geschlagen, vielfach ihre Tätigkeit vollständig unterbunden. Die ganze öffentliche Verwaltung wurde bürokratisiert, von einer Reform ist nicht viel zu verspüren und die Instanzenzüge sind langwieriger geworden als je zuvor. Gemeinden und Bezirken wurden in ihren Finanzen beschränkt, notwendige Arbeiten konnten nicht ausgeführt werden, viele soziale Einrichtungen mußte man wegen Geldmangels sperren. Nicht nur die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden verspürten die Notwendigkeit einer Neuregelung. Alle verantwortungsbewußten Menschen in den Gemeinwesen erhoben ihre warnende Stimme. Doch war eben die Verwaltungsreform das Glanzstück der politischen Tätigkeit des Bürgerblockes gewesen, so daß sich aus Prestige Gründen eine Aenderung durch ihn selbst verbot.

Die agrarische Zollpolitik hat das Land in eine unmögliche handelspolitische Situation gebracht. Die festen Getreidezölle brachten der Landwirtschaft nicht die erhoffte Sicherung, dagegen verhinderten sie den Abschluß von Handelsverträgen mit den agrarischen Ausfuhrstaaten, vor allem mit Jugoslawien und Rumänien. Diese Länder, mit der Tschechoslowakei politisch aufs engste verbunden, sperren ihren Markt gegen den Verbündeten ab und beziehen lieber ihre Waren aus Frankreich, aus Deutschland, ja selbst aus Amerika. In Rumänien gibt es von rund 24,000 Automobilen fast 20,000 amerikanischen Ursprungs, dagegen nur 200 tschechoslowakische, obwohl nur eine Grenze zu passieren wäre. Die Agrarier forderten zu den Getreidezöllen nun noch erhöhte Viehzölle, eine Maßnahme, die auch den Industrieexport nach Polen schwer gefährden mußte, da von dort alljährlich über eine halbe Million Schweine eingeführt werden. Dem konnten weder die Christlichsozialen noch die Nationaldemokraten zustimmen.

So ergab sich bei allen zur Behandlung stehenden Fragen ein schwerer Gegensatz innerhalb der bürgerlichen Parteien selbst, der jede positive Arbeit hemmte. Seit zwei Jahren war das Parlament nahezu arbeitslos, mangelhaft ausgearbeitete Vorlagen wurden eingebracht und wieder zurückgezogen, abänderungsbedürftige Gesetze einfach verlängert, um allen Differenzen auszuweichen. So blieb schließlich kein anderer Ausweg als der der vorzeitigen Auflösung des Parlamentes, die Ausschreibung von Neuwahlen.

*

Ein Zwischenspiel bot der *Tukaprozeß* in Preßburg. Tuka, ein ehemals ungarischer Professor für Staatsrecht, hatte sich der slowakischen Volkspartei Hlinkas angeschlossen und war von ihr zum Abgeordneten gewählt worden. Er bildete einen extrem antitschechischen Flügel dieser Partei, gründete eine faschistische Heimwehrorganisation, konspirierte mit den magyarischen Reaktionären und erklärte unter Berufung auf eine geheimnisvolle Klausel, welche die slowakischen Parteiführer 1918 in Sankt Martin beschlossen haben sollen, daß die Slowakei nur einen Probevertrag mit den Tschechen abgeschlossen habe, der nach zehnjähriger Dauer, sohin am 28. Oktober 1928, abließ. Damit würde die Slowakei wieder Herrin ihres eigenen Schicksals, und wenn es zu keiner anderen Vereinbarung käme, dann seien alle slowakischen Beamten und Soldaten mit diesem Tage ihres Treueides zur Republik entbunden. Dieser «Vacuum juris»-Artikel wurde zum Ausgangspunkt eines groß aufgemachten Prozesses, in dem Tuka und zwei seiner Helfer des Hochverrates angeklagt waren. Bekanntlich wurde dann Tuka zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, doch ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Die Urteilsverkündung fiel eben in den Wahl-

kampf und die beiden Minister der Volkspartei gaben ihre Demission, so daß die Regierungskoalition schon vor den Wahlen die parlamentarische Mehrheit verloren hatte, was auch in den Sitzungen des Ständigen Ausschusses, der die Rechte des Parlamentes in den Zwischenperioden ausübt, zum Ausdruck kam.

Wenn auch Tuka in mehr oder minder gelungener Weise der Zusammenarbeit mit der magyarischen Reaktion überführt wurde, so blieb es doch Tatsache, daß der Prozeß weniger um der kriminellen Delikte willen geführt wurde — soweit solche bei «Hochverrat» überhaupt in Betracht kommen können —, sondern rein politische Ziele hatte. Es war ein Prozeß des zentralisierten Staates gegen die Selbstverwaltungstendenzen der einzelnen Länder, in diesem Falle der Slowakei. Dabei ergab sich einer der wichtigsten politischen Gegensätze zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie. Ist diese Anhängerin des starrsten Zentralismus — im Gegensatz zu ihrer Politik im alten Oesterreich —, so muß jener daran liegen, doch allmählich das Ziel der nationalen Selbstverwaltung zu erreichen. So ergab sich eine völlig differierende Stellung der beiden Parteien zum Tuka-Prozeß: während die tschechische Sozialdemokratie ihn gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien förmlich erzwungen hatte, um die im Falle einer slowakischen Selbstverwaltung nahezu selbstverständliche Auslieferung der Slowakei an die Reaktion zu verhindern, verfolgte die deutsche Sozialdemokratie ihn mit unverhohlener Abneigung, da ihr mit Recht schien, es säßen auf der Preßburger Anklagebank nicht nur die slowakischen Verteidiger der nationalen Selbstverwaltung, sondern indirekt auch jene der deutschen. Es ist einer der schwersten Gegensätze der Tschechoslowakei, der sich hier auftut. Der zentralisierte Staat kann nicht zweierlei Politik betreiben. Nun bedeutet in der rückständigen Slowakei die Auslieferung der Verwaltung tatsächlich vorübergehend eine Steigerung des machtpolitischen Einflusses der Reaktion, während die nationale Selbstverwaltung der Deutschen in den «historischen Ländern», in Böhmen, Mähren und Schlesien, einen erheblichen kulturellen und auch politischen Fortschritt ergäbe. Man hat zwei völlig ungleichmäßige Gebilde zusammengeschweißt und muß nun, um die Einheit zu wahren, den fortschrittlichen Teil mit der Elle des zurückgebliebenen messen. Darin liegt die größte politische Schwierigkeit auch für die tschechischen Sozialdemokraten. Die Schulautonomie bedeutet zum Beispiel im sudetendeutschen Gebiet einen erheblichen kulturellen Fortschritt, in der Slowakei dagegen die Auslieferung an die klerikale Reaktion. Es wird schwer sein, diesen Gegensatz zu überwinden, aber der Versuch dazu muß gemacht werden. Eine restlose Erfüllung der berechtigten nationalpolitischen Forderungen der Sudetendeutschen in der Tschechoslo-

wakei scheint aber erst dann möglich zu sein, wenn auch die Slowaken die nötige politische Reife erlangt haben.

Das Urteil im Tukaprozeß hat übrigens die befürchteten politischen Folgen nicht gehabt und Hlinka wird mit nur 19 Mandaten ins Parlament einziehen, womit er deren vier einbüßt. Gegen die letzten Parlamentswahlen verliert er über 60,000 Stimmen, gegen die vorjährigen Landeswahlen allerdings hat er wieder 100,000 Stimmen aufgeholt. Es ist unverkennbar, daß die Wählermassen auch in der Slowakei nicht mehr bedingungslos den Schlagworten folgen und daß die politische Ueberlegung der Bürger Fortschritte macht.

*

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie ist größer, als man erwarten konnte. Besonders die deutsche Partei hat ihre Position innerhalb der Sudetendeutschen ganz beachtlich gefestigt, ihr Primat weiter ausgebaut. 1,637,557 deutsche Stimmen (ohne die Kommunisten) wurden abgegeben, 506,204 davon stimmten für die Sozialdemokratie. Das sind 30,7 vom Hundert aller deutschen Stimmen. Die Kommunisten dürften von den Deutschen annähernd 160,000 unter ihren 752,737 erhalten haben, es ergibt sich also, daß rund 38 vom Hundert der abgegebenen deutschen Stimmen proletarischer Herkunft sind.

Die tschechischen Sozialdemokraten sind die eigentlichen Sieger des Tages, indem sie ihre Stimmen um mehr als 50 vom Hundert hoben. Von 4,627,700 abgegebenen tschechisch-slowakischen Stimmen haben sie 970,011 erhalten, sohin 20,9 vom Hundert. Ihre Position ist also um rund ein Drittel schlechter als jene der deutschen Genossen, die rund 600,000 tschechisch-kommunistischen Stimmen würden einen Gesamtanteil von etwa 35 vom Hundert darstellen. Unter der deutschen Arbeiterschaft haben die Kommunisten nicht ganz 30 vom Hundert der sozialdemokratischen Stimmen, unter der tschechischen aber nahe an die 60 vom Hundert. Aehnlich ist das Verhältnis bei den beidseitigen Nationalsozialisten, deren Stimmen ebenfalls als Reservoir für die Sozialdemokratie gewertet werden können: mit 204,590 Stimmen haben die Hakenkreuzler rund 40 vom Hundert der deutsch-sozialdemokratischen Stimmen, dagegen die tschechischen Nationalsozialisten mit 776,503 Stimmen rund 75 vom Hundert des Besitzstandes der tschechischen Sozialdemokratie. Unter Einrechnung der kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmen ergäbe sich im deutschen Lager bei 870,000 von rund 1,8 Millionen Stimmen ein Anteil von etwa 48 vom Hundert, im tschechischen bei 2,35 von 5,2 Millionen Stimmen ein solcher von rund 44 vom Hundert. Die Klassenscheidung ist also im deutschen Lager wesentlich fortgeschrittener als im tschechischen und sie ist auch viel weniger von Kommunismus und Nationalismus getrübt. Trotz ihres Wahlsieges bleibt

also den tschechischen Genossen noch sehr viel Arbeit zu tun, um die Massen des tschechisch-slowakischen Proletariates für den Gedanken der Sozialdemokratie zu gewinnen.

Das hervorstechende Merkmal des Wahlergebnisses ist natürlich die Niederlage der Reaktion. Mit Ausnahme der tschechischen Agrarier haben alle bürgerlichen Parteien verloren, die an der Regierung beteiligt waren. Am schwersten wurden die Klerikalen betroffen, die auf tschechischer Seite ein Zehntel, fast ein Achtel ihrer bisherigen Stimmenzahl einbüßen. Bei den deutschen Christlichsozialen ist die Niederlage insofern verschleiert, als sie zwar anscheinend 34,000 Stimmen gewinnen, in Wirklichkeit aber annähernd ein Zehntel verlieren, da sie mit der deutschen Gewerbspartei zusammen kandidierten, so daß also deren Stimmen den jetzt erreichten zugezählt werden müssen. Demgegenüber wird bei den deutschen Agrariern ihr Verlust von 176,000 Stimmen dadurch gemindert, daß die Gewerbspartei, die das letztemal mit ihnen ging, nun anderswo kandidierte, ebenso auch die Magyarisch-Nationalen. Dafür haben sie sich aber mit der deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft verbündet, die an Stelle der früheren Demokratischen Partei gebildet wurde und die Partei des deutschen Industriekapitals darstellt. Versucht man auf Grund der Wahlergebnisse bei den Landeswahlen und unter Einrechnung der etwa um 10 vom Hundert größeren Stimmenzahl hier den Verlust beider Parteien zu errechnen, so ergibt sich ein solcher von über 30,000 Stimmen oder etwa 8 vom Hundert. Die tschechischen Nationaldemokraten und Gewerbetreibenden erhielten annähernd ihren Besitzstand, haben aber keinen Anteil an der Erhöhung der allgemeinen Stimmenzahlen, so daß sie also in Wahrheit etwa 10 vom Hundert verlieren: ihre Stimmen, ebenso auch ein Teil jener der tschechischen Nationalsozialisten, fielen einem Prager lokalen Parteigebilde zu, nämlich den Faschisten, die in den beiden Prager Wahlkreisen drei Abgeordnete — und ein Senatsmandat erzielten, in allen übrigen Kreisen aber jämmerlich durchgefallen sind. Immerhin beginnt sich auch der Prager Sumpfboden allmählich zu reinigen, worauf der erfreuliche Aufstieg der Sozialdemokratie in der Hauptstadt schließen läßt. Bemerkenswert ist schließlich, daß die gemeinsam kandidierenden Polen und Juden vier Mandate erhalten, wovon eines von einem polnischen Sozialdemokraten besetzt wird.

Insgesamt werden also dem neuen Parlament 39 tschechische, 21 deutsche und ein polnischer Sozialdemokrat angehören, zusammen 61 Sozialdemokraten unter 300 Abgeordneten; ein Fünftel. Dazu kommen die 32 Mandate der tschechischen Nationalsozialisten, die man gemeinhin zum «sozialistischen Block» rechnet und die für eine positive Arbeiterpolitik in Betracht kommen. Die nächste Frage ist nun natürlich, wie der Wahl-

sieg ausgewertet und die nächste Regierung gebildet werden soll. Die Parteien des Bürgerblocks haben 10 Mandate verloren und sind mit insgesamt 147 in die Minderheit gedrängt worden. Ein Reservoir stünde ihnen bei den magyarischen Christlichsozialen zur Verfügung, die 9 Mandate erhalten, doch ist an eine solche Erweiterung nicht zu denken, da diese Partei extrem national ist und näher zu Ungarn als zur Tschechoslowakei steht. Ebenso wenig kommen die sieben Mandate der Deutschnationalen, schwerlich auch die je drei jüdischen und faschistischen zur Regierungsbildung in Betracht. Obwohl also 169 bürgerlichen 131 Mandate der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegenüberstehen, ist infolge der eigenartigen politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei eine rein bürgerliche Regierung wenigstens derzeit völlig unmöglich.

Damit tritt an die Sozialdemokratie die schwere Frage der Regierungsbeteiligung heran. Die tschechischen Nationalsozialisten drängen zur Macht, doch können sie es kaum wagen, ohne die tschechische Sozialdemokratie in die Regierung zu gehen. Diese ist ihrerseits wieder stark daran interessiert, daß bei einem solchen Schritt auch die deutsche Partei mittut, damit nicht wieder die verhängnisvolle Situation entsteht, daß der eine Flügel der Sozialdemokratie in der Regierung, der andere in der Opposition ist. Die deutsche Sozialdemokratie hat auch wiederholt erklärt, daß sie nicht grundsätzlich gegen den Regierungseintritt sei, an ihn aber die Erfüllung einiger nationalpolitischer Forderungen knüpfen müsse. Ueber die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen scheint eine Einigung sowohl mit der tschechischen Sozialdemokratie als auch mit den tschechischen Nationalsozialisten unschwer erreichbar. Anders ist es mit den nationalpolitischen Fragen, deren Schwierigkeit schon bei der Behandlung des Tuka-Prozesses dargetan wurde. Völlig unerreichbar ist zurzeit die eigentliche Forderung der deutschen Sozialdemokratie nach nationaler Selbstverwaltung. Denkbar ist aber eine Konzession auf dem Gebiete der *Schulautonomie*, über deren Ausmaß man sich zu einigen hätte und die den Abbau der staatspolitischen Entrechtung der Sudeten-deutschen einleiten würde. Denn ihnen, die fast ein Viertel der tschechoslowakischen Bevölkerung darstellen, können nicht die Minderheitsrechte genügen, ihr Ziel muß die völlige politische Gleichstellung auf allen Gebieten sein. Daß der Anfang nicht das Ziel bringen kann, ist klar; immerhin würde er gegenüber der Politik der bisherigen deutschen Regierungsparteien ein erhebliches Plus darstellen.
